

Antrag auf Ausstellung einer Verpflichtungserklärung für einen Besuchsaufenthalt nach § 68 Aufenthaltsgesetz

Hinweise zum Ausfüllen des Antragsformulars:

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen, Nichtzutreffendes bitte streichen. Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, so verwenden Sie bitte ein Beiblatt für weitere Ausführungen. Bitte beachten Sie auch das beigefügte Merkblatt.

Sollten Sie weitere Fragen haben wenden Sie sich an:

Ausländerbehörde Donaueschingen

Tel.: 0771/857-179

Email:auslaenderamt@donaueschingen.de

I. Angaben zum Antragsteller

1.1 Name	
1.2 Vorname	
1.3 Adresse des Antragstellers	
1.4 Geburtsdatum	
1.5 Geburtsort	
1.6 Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/>
1.7 Personal- oder Reisepass-Nr.: (Bitte Kopie beifügen)	
1.8 Bei Ausländern: Aufenthaltstitel (Bitte Kopie beifügen)	<input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis <input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis bis <input type="checkbox"/>
1.9 Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt:	Ich lebe <input type="checkbox"/> alleine <input type="checkbox"/> mit meinem Ehepartner <input type="checkbox"/> Im Haushalt leben noch minderjährige Kinder.
1.10 Telefon/Email	
1.11 Grund für die Abgabe der Verpflichtungserklärung	<input type="checkbox"/> Besuchsaufenthalt <input type="checkbox"/> Beantragung eines Visums zum Familiennachzug <input type="checkbox"/> Beantragung eines Visums zum Zwecke der Ausbildung

II. Angaben zum Besucher

2.1 Name	
2.2 Vorname	
2.3 Geburtsdatum	
2.4 Geburtsort	
2.5 Staatsangehörigkeit	
2.6 Adresse des Besuchers im Ausland	
2.7 Reisepass (Falls möglich bitte Kopie beifügen)	Nr.:
2.8 Verwandtschaftsverhältnis zum Antragsteller	
2.9 Datum der beabsichtigten Einreise	
2.10 Besuchszeitraum/Dauer	
2.11 Sitz der deutschen Botschaft	

III. Angaben zu weiteren Besuchern (Ehegatten und/oder Kinder zu Nr.II)

Ehegatte (Für weitere volljährige Personen bitte extra Antrag ausfüllen)

3.1.1 Name, Vorname	
3.1.2 Geb.-Datum und –Ort	
3.1.3 Reisepass (Falls möglich bitte Kopie beifügen)	Nr.:

1. Kind

3.2.1 Name, Vorname	
3.2.2 Geb.-Datum und –Ort	

2. Kind (Weitere minderjährige Kinder bitte Extrablatt ausfüllen)

3.3.1 Name, Vorname	
3.3.2 Geb.-Datum und –Ort	

IV. Sonstige Angaben

4.1 Ich habe bereits früher einmal eine Verpflichtungserklärung für einen Besuchsaufenthalt abgegeben	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar im Jahre
4.2 Der von mir eingeladene Besuch war bereits früher einmal in Deutschland	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar im Jahre
4.4 Ich bestreite meinen Lebensunterhalt aus folgenden Einkommen	<input type="checkbox"/> Selbständig <input type="checkbox"/> Arbeitnehmer <input type="checkbox"/> Rente <input type="checkbox"/>
4.5 Ich erhalte (zusätzlich) steuerfinanzierte Leistungen (z. B. SGB II, SGB XII, Wohngeld)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4.6 Folgende Nachweise meiner Leistungsfähigkeit liegen bei	<input type="checkbox"/> Bescheinigung in Steuersachen vom Finanzamt und Gewerbeanmeldung (bei Selbstständigen) <input type="checkbox"/> Arbeitgeberbescheinigung von mir und <input type="checkbox"/> Ehegatte (bei Arbeitnehmern) <input type="checkbox"/> Rentenbescheid (bei Rentnern) <input type="checkbox"/>
4.7 Zur weiteren Glaubhaftmachung meiner Leistungsfähigkeit bin ich bereit, eine Sicherheitsleistung pro Besucher zu hinterlegen (nur notwendig bei Selbstständigen, Studenten oder Arbeitnehmern ohne ausreichendes pfändbares Einkommen).	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja. Bankverbindung für die spätere Rückerstattung Kreditinstitut _____ IBAN.: _____

Erklärungen zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung

Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungsgeber hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des Zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts.

Im Regelfall endet die Verpflichtungserklärung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthalts oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltzweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde. Eine Sicherheitsleistung wird erst nach Vorlage eines Nachweises, dass die Ausreise des Besuchers erfolgt ist, zurückerstattet.

3. Vollstreckbarkeit

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

"Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde von der Ausländerbehörde auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z. B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gem. § 69 Abs. 2 Nr. 2h AufenthV gespeichert und in VIS (Visadatei) genutzt werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragsstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiter bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden."

5. Hinweis nach § 11 Abs. 2 des Landesdatenschutzes

Die gesamten Angaben benötigt die Behörde zur Bearbeitung Ihres Antrages. Sie sind nicht verpflichtet, Angaben zu machen. Eine sachgerechte Bearbeitung ist jedoch nur möglich, wenn Sie die erforderlichen Angaben machen

6. Folgeausstellung

Sollte aufgrund Verlust oder im Antrag unrichtig gemachter Angaben die Verpflichtungserklärung erneut ausgestellt werden müssen, muss auch erneut die Gebühr nach § 47 Abs. 1 Nr. 12 AufenthV entrichtet werden.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden habe.

Ort, Datum	Unterschrift des Erklärenden
-------------------	-------------------------------------

Erklärung des Ehepartners

Nur notwendig, wenn auch Einkommen des Ehepartners zur Sicherstellung des Unterhalts des Besuchers herangezogen wird. Bitte dann auch Ausweispapier des Ehegatten vorlegen!

Ich bin damit einverstanden, dass mein Ehepartner im Rahmen der Abgabe der Verpflichtungserklärung meine Arbeitgeberbescheinigung vorlegt und dass mein Einkommen bei der Berechnung der pfändbaren Einkünfte gemäß §§ 850 ff. ZPO zum Einkommen meines Ehepartners hinzugerechnet werden. Ich bestätige ebenfalls mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden habe.

Ort, Datum	Unterschrift des Ehepartners des Antragstellers
-------------------	--

Arbeitgeberbescheinigung
zur Vorlage bei der Ausländerbehörde
der Stadt Donaueschingen

Arbeitgeber:

Name/Bezeichnung _____
Anschrift der Firma _____

Ansprechpartner _____
Telefonnummer _____ Fax _____ E-Mail _____

Arbeitnehmer:

Name, Vorname _____
Geburtsdatum _____
Familienstand ledig verheiratet geschieden getrennt lebend
Staatsangehörigkeit _____
Wohnanschrift _____

Der genannte Arbeitnehmer ist bei mir/uns beschäftigt seit: _____

als: _____ (Art der Tätigkeit)

Probezeit:

Nein Ja, bis _____

Das Arbeitsverhältnis ist

unbefristet befristet bis _____ gekündigt seit

Bei dem Beschäftigungsverhältnis handelt es sich um

eine Vollzeitbeschäftigung eine Teilzeitbeschäftigung mit _____%
 geringfügige Beschäftigung

Das Arbeitsentgelt beträgt:

monatlich _____ €/brutto monatlich _____ €/netto

(Bei Stundenlohnvergütung oder unterschiedlichen Monatsentgelten bitte den durchschnittlichen Lohnanspruch angeben)

Es ist oder war eine Gehaltspfändung anhängig: Nein Ja

Krankenversicherung besteht bei: _____

Die Richtigkeit vorstehender Angaben wird bestätigt:

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift des Arbeitgebers

Bemerkungen: